

Resolution des Verwaltungsrats



GKV-Finanzierung braucht Verantwortung und Weitsicht

Bereits vor zwei Jahren warnten wir davor, die Probleme der GKV-Finanzierung mit kurzfristigen Maßnahmen und vor allem auf Kosten der Beitragszahlenden zu vertagen, statt zu lösen. Es ist nicht hinnehmbar, dass wir heute vor der gleichen Situation stehen: Kein einziges ursächliches Problem ist beseitigt - doch die Folgen sollen Beitragszahlende und soziale Selbstverwaltung ausbaden. Wir fordern die Politik zur Kurskorrektur in Richtung einer verantwortungsvollen GKV-Finanzierungspolitik auf.

Unfaire Verteilung der finanziellen Last

2023 steht die GKV erneut vor einer erheblichen Finanzierungslücke. Aktuell wird sie auf 17 Milliarden Euro geschätzt. Und laut GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) sollen wieder vor allem die Beitragszahlenden die Lücke schließen. Dabei wird gleichzeitig ihren Vertreterinnen und Vertretern die Handlungsfähigkeit genommen: „Zahlen ja, mitreden nein!“, scheint die aktuelle Botschaft der Politik an die Solidargemeinschaft der GKV zu lauten. Mehr als 12 Milliarden Euro sollen die Beiträge zahlenden Versicherten und Arbeitgeber aufbringen, durch höhere Zusatzbeiträge, Reserveneinzug bei Krankenkassen und Gesundheitsfonds. Hinzu kommt ein erzwungenes Darlehen, womit die Autonomie der sozialen Selbstverwaltung grob verletzt wird – ebenso wie das Grundprinzip, dass Krankenkassen keine Kredite aufnehmen dürfen.

Die Politik steht in der Verantwortung

Der Verwaltungsrat der Techniker Krankenkasse lehnt diesen kurzsichtigen, ungerechten Ansatz ab und ruft die Politik auf, nachhaltigere und gerechtere Lösungen auf den Weg zu bringen. Die Politik muss der eigenen Verantwortung nachkommen. Denn zum einen hat die Gesetzgebung einen maßgeblichen Anteil am Ausgabenanstieg der GKV. Zum anderen hat die Koalition bislang noch nicht die notwendige Konsequenz aufgebracht, im Koalitionsvertrag selbst gesetzte Pflichten zu erfüllen, etwa die Aufstockung der staatlichen Zuschüsse für die Versicherung von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfängern oder die Dynamisierung des Steuerzuschusses. Allein diese Maßnahmen könnten die Finanzen für 2023 entscheidend stabilisieren. Wir fordern die Politik auf, Verantwortung zu übernehmen und echte Lösungen anzugehen, anstatt das Problem lediglich auf die Beitragszahlenden abzuwälzen.

Aktive Selbstverwaltung statt kurzfristige Zwangsmaßnahmen

Als Vertreterinnen und Vertreter der Beitragszahlenden ist es unsere Aufgabe, ihre Gelder verantwortungsvoll zu verwalten, um die Gesundheit der Versicherten abzusichern. Basis dafür müssen berechenbare Rahmenbedingungen sein – und ein ausreichender Handlungsspielraum, um Entscheidungen zu treffen. Beides nimmt uns die Politik mit erzwungenem Reserveneinzug und aufgezwungenem Staatsdarlehen. Eine Politik, die von uns verabschiedete Haushaltspläne von einem Tag auf den anderen zur Makulatur erklärt, macht nicht nur unsere Arbeit nahezu unmöglich, sondern schwächt zudem das im Grundgesetz verankerte Prinzip Selbstverwaltung. Kassenreserven in ausreichender Höhe sind kein Verschiebebahnhof, sondern wichtige Sicherheiten und tragen zur Krisenfestigkeit bei. Der Zusatzbeitragssatz sollte widerspiegeln, wie gut eine Kasse wirtschaftet - anstatt ein Gradmesser für politisches Unvermögen zu sein. Die erneuten Eingriffe in unsere Handlungsspielräume verurteilen wir scharf: Eine nachhaltige Finanzierung der GKV braucht eine aktive und handlungsfähige soziale Selbstverwaltung. Kurzfristige Zwangsmaßnahmen gefährden hingegen die Stabilität.

Eine Kurskorrektur ist dringend notwendig

Wir fordern die Politik zur Kurskorrektur auf: Wir benötigen eine faire Verteilung der Lasten und nachhaltige wirksame Maßnahmen. Dafür müssen die vorgesehenen Punkte aus dem Koalitionsvertrag zügig angegangen werden, also faire Sätze für die Krankenversicherung von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen

und -Empfängern ebenso wie eine Dynamisierung des Steuerzuschusses. Dringenden Bedarf gibt es aber auch bei strukturellen Reformen, um Ausgaben zu reduzieren, ohne den Leistungsumfang einzuschränken. Dazu gehören unter anderem fairere Preisfindungsmechanismen für neue Arzneimittel.

Das Bundesgesundheitsministerium hat sich selbst ins Aufgabenheft geschrieben, bis Ende Mai 2023 Lösungsansätze vorzubereiten. Das Ergebnis darf weder eine weitere Neuauflage kurzfristiger Maßnahmen und einseitiger Belastungen sein – noch eine erneute Gefährdung einer aktiven Rolle der Selbstverwaltung. Stattdessen braucht es den Mut, echte Strukturreformen im Sinne der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler tatsächlich anzugehen.